

ten längst das Gefühl, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Krise über einen längeren Zeitraum anhalten würde. Die Zusammenarbeit mit Deutschland sei insbesondere in der Tourismusbranche auf Hochtouren, um die Wiederaufnahme von Reisen aus Deutschland nach Griechenland zu ermöglichen.

Was die Wahrnehmung von Geflüchteten in der griechischen Gesellschaft anbelangt, so erklärte *Bastian* mit Bedauern, dass sich die Aufmerksamkeit für die Thematik der Geflüchteten in Griechenland derzeit nur auf Negativschlagzeilen wie beispielsweise Ansteckungsgefahren und Covid-19-Ausbrüche in Flüchtlingslagern beschränke.

Der dritte Block der Publikumsfragen bezog sich auf die Türkei: Kann die türkische Opposition von der Covid-19-Pandemie profitieren? Inwiefern könnte Deutschland eine mögliche Hilfe-

stellung in der Pandemie mit einer Förderung der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei verbinden? *Christiane Schlötzer* führte aus, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass die Koalition aus MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) und AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) von Seiten der MHP aufgelöst werden würde, da die Partei keine anderen Partner hätte. Ob die Opposition von der Krise profitieren könne, werde sich erst nach der Krise zeigen.

Was den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland anbelangt, hielt *Schlötzer* eine Beilegung für sehr unwahrscheinlich. Die Beruhigung, die derzeit zu beobachten sei, wertete sie lediglich als eine Pause. Bei der Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Deutschland erwartete sie eine „Charme-Offensive“ der türkischen Seite, um eine möglichst baldige Wiederaufnahme des Tourismus in der Türkei voranzutreiben.

Online-Expertengespräch der Südosteuropa-Gesellschaft Wie weiter mit der EU-Erweiterung? Wege aus der Sackgasse

Südosteuropa-Gesellschaft und Europa Union München, 27. Mai 2020
Bericht von Wladimir Dirksen, München

Inhalt: Die Online-Diskussionsrunde zur Zukunft der EU-Erweiterung fand in Zusammenarbeit mit der Europa Union München im Rahmen des Europa-Mai der Stadt München am 27.05.2020 statt. (*Dieses Expertengespräch und alle Online-Fachgespräche der Südosteuropa-Gesellschaft sind auf Youtube nachzuerfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zgs0>; Anm. d. Red.*)

Hintergrund der Veranstaltung ist das Stocken des Beitrittsprozesses – viele Westbalkan-Staaten werden zunehmend autoritärer regiert und verfehlen damit das notwendige Demokratie-Kriterium. Einige Mitgliedsstaaten messen dem Erweiterungsprozess wiederum nur noch geringe Priorität bei, so dass auch die wenigen engagierten Regierungen in der Region frustriert werden.

Der vorläufige Tiefpunkt dieser Entwicklung wurde im letzten Jahr erreicht, als die pro-europäische Regierung in Nordmazedonien ihren Rücktritt erklärte, nachdem ihr eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen trotz erfolgreicher Beilegung des Namensstreits mit Griechenland verwehrt worden war. Angesichts des verstärkten Engagements Russlands und vor allem auch Chinas in der Region scheint eine solche Politik weder den Aussichten auf Demokratisierung in der Region noch den strategischen Interessen der EU gerecht zu werden. Anliegen der Südosteuropa-Gesellschaft war es, mithilfe von Expert*innen die Frage der zukünftigen Entwicklung, ihre Bedeutung für die EU und für Deutschland und die Chancen und Herausforderungen des Erweiterungsprozesses näher zu beleuchten.

Es diskutierten: *Anja Quiring*, Regionaldirektorin Südosteuropa, Ost-Ausschuss – Osteuropaver-ein der Deutschen Wirtschaft e.V., Berlin und *Manuel Sarrazin*, MdB, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Bündnis 90/Die Grünen sowie *Keno Verseck*, Freier Journalist und Autor, Berlin. Moderiert wurde das Gespräch von Dr. *Christian Hagemann* und Dr. *Hansjörg Brey*, Geschäftsführung der Südosteuropa-Gesellschaft.

Zu Beginn der Diskussion präsentierte *Christian Hagemann* Fakten zur Geschichte der EU-Erweiterungspolitik in Ostmittel- und Südosteuropa und beschrieb, wie der Erweiterungsprozess nach dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 ins Stocken geraten war. Gründe hierfür sah *Hagemann* auf beiden Seiten. Mithilfe eines Rankings der Organisation Freedom House stellte er dar, wie sich die politischen Systeme in den Staaten des Westbalkans in den letzten Jahren entwickelt haben und resümierte, dass die Demokratie-Qualität der Region bestenfalls stagniere, in einigen Staaten sogar rückläufig sei.

Auf Seiten der EU wurde von einer „Beitrittsmüdigkeit“ gesprochen, die einer Besinnung auf sich selbst geschuldet sei. Diese sei als Folge der EU-Finanzkrise, dem aufkommenden Populismus und in Folge des Brexit aufgekommen. *Hagemann* fragte die Expert*innen nach der Relevanz des Prozesses: Warum der EU-Erweiterungsprozess aus Sicht der deutschen Politik relevant sei? Und was mache den Westbalkan für die EU und für Deutschland wichtig?

Manuel Sarrazin merkte an, dass der EU-Erweiterungsprozess in Zentral- und Mitteleuropa das erfolgreichste Demokratisierungs-Instrument der Geschichte gewesen sei. Sowohl die politische und ökonomische, als auch die soziale Lage habe sich in den Ländern, die der EU beigetreten sind, deutlich verbessert. Diese Bilanz zeige, dass der EU-Erweiterungsprozess ein machtvoller Hebel sei, um die Lage in der Region Westbalkan nachhaltig verbessern zu können. Jedoch bemerkte *Sarrazin* auch, dass die Wirksamkeit der Assoziierungs-Bestrebungen abgenommen habe, was er unter anderem auf

die zu lange Dauer der Assoziierungs-Verhandlungen zurückführt.

Weiterhin wies *Sarrazin* auf die Entwicklung hin, dass die politische Relevanz der EU-Erweiterungspolitik in Westeuropa abnehme. Dies habe negative Auswirkungen auf den Willen westeuropäischer Regierungen, sich stärker für die Entwicklung der Verhandlungen einzusetzen. Diese Entwicklung bedauerte er, da eine Aufnahme der Staaten des Westbalkans für die EU und insbesondere für Deutschland sehr wichtig sei. Ein erfolgreicher EU-Erweiterungsprozess fördere den Frieden und die Stabilität in Europa. Es sei das einzige außenpolitische Instrument, um positiven Einfluss auf dem Westbalkan geltend zu machen.

Die Interdependenz zwischen der Region und der EU sei viel größer, als in der westeuropäischen Öffentlichkeit wahrgenommen werde. Deshalb sei es die Aufgabe eines Landes wie Deutschland, das europäische Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse in der Region voranzutreiben. Jedoch habe sich die Rolle Deutschlands als treibende Kraft hinter den EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 mittlerweile abgeschwächt, da die politische Relevanz des Themas in Deutschland abgenommen habe. Dies sei laut *Sarrazin* eine gefährliche Entwicklung, da Deutschland auf dem Westbalkan weiterhin als Anwalt der (potenziellen) Beitrittskandidaten betrachtet würde und viel Hoffnung auf die deutsche Stimme im Erweiterungsprozess gesetzt werde.

Als nächstes fragte *Christian Hagemann* nach der Sicht der deutschen Wirtschaft: Warum sei der EU-Erweiterungsprozess aus Sicht der deutschen Wirtschaft relevant? Und welche Auswirkungen würde ein EU-Beitritt auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Staaten des Westbalkans haben?

Anja Quiring knüpfte in ihrer Antwort an *Sarrazin* an und verwies darauf, dass der Handel mit den Staaten des Westbalkans auch für die deutsche Wirtschaft von Relevanz sei. Der Handel mit der Region wachse kontinuierlich und habe im Jahr 2019 ein Volumen von über 12 Milliarden Euro erreicht. Darüber hinaus gäbe es eine lange Tradition wirtschaftlicher Zusam-

menarbeit zwischen der EU und der Region, deren überdurchschnittliche Wachstumsraten durchaus interessant für europäische Unternehmen seien.

Quiring verwies außerdem darauf, dass der Westbalkan als Ganzes eine wirtschaftliche Stabilisierung brauche, um eine politische Stabilisierung in den einzelnen Ländern zu ermöglichen. Die EU verfolge eine Stärkung der Länder in der Region, indem sie sowohl die Kooperation mit den Ländern sowie auch zwischen diesen fördere, um den regionalen Markt auszubauen. Die deutsche Wirtschaft erhoffe sich langfristig die vollständige Integration der Länder in europäische Strukturen und werde die einzelnen Schritte im Prozess der Annäherung begleiten. Dies würde eine schrittweise Stärkung der Rechtssicherheit, beispielsweise durch die Übernahme der EU-Rechtsnormen im Rahmen des *Acquis communautaire*, bedeuten.

Neben der rechtlichen Verlässlichkeit sei aber auch eine strukturelle Sicherheit der Verwaltung in den Ländern des westlichen Balkans vonnöten. Diese würde unter anderem eine effektivere Korruptionsbekämpfung ermöglichen, von der insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sowohl in der Region als auch in der EU profitieren würden. Europäische Unternehmen könnten nur davon überzeugt werden, in die Länder des Westbalkans zu investieren, wenn der rechtliche Rahmen dafür vorhanden sei und die zentrale Hürde der Korruption minimiert werde.

Ohne die Länder des westlichen Balkans in Europa klappe laut *Quiring* eine Lücke im europäischen Wirtschaftsraum. Diesen Zustand gelte es zu überwinden. Insbesondere die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien stimme die deutsche Wirtschaft optimistisch, und sie erhoffe sich von den weiteren Schritten der Integration eine Stärkung der Rechtssicherheit und anderer Rahmenbedingungen, die für Investitionen nötig seien. Im Rahmen des Berlin-Prozesses, der durch die Bundesregierung 2014 initiiert wurde, sei die Basis für die Schaffung des gemeinsamen Aktionsplans zum Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraums geschaffen worden. Diese Entwicklungen wären ohne ein Engagement von

Seiten der EU nicht möglich gewesen und sollten weiter forciert werden.

Auf die Fragen nach der Perspektive in der Region und danach, wie groß das Interesse in den Ländern und vor allem in deren Gesellschaften am EU-Beitritt sei, was man sich dort von einer EU-Mitgliedschaft verspräche, antwortete *Keno Verseck*, dass die EU-Zustimmungsrate innerhalb der Bevölkerungen des westlichen Balkans in einigen Fällen erheblich abgenommen habe. Das Hauptinteresse, nämlich das Angleichen des Lebensstandards an die EU, sei noch sehr groß. Die EU sei ein Vorbild für die Menschen auf dem Westbalkan – sie wünschten sich ähnliche Lebensverhältnisse auch in ihren Ländern. Jedoch setze zunehmend eine Ernüchterung der Erwartungen an den Erweiterungsprozess ein.

Dies begründete *Verseck* damit, dass die EU in den letzten Jahren viel ihrer positiven Ausstrahlungskraft eingebüßt habe, indem beispielsweise das Versprechen von Thessaloniki von 2003 (nämlich, dass alle Staaten des Westbalkans eine Beitrittsperspektive haben, *Anm. d. Red.*) nicht eingehalten worden sei. Darüber hinaus ließen sich immer mehr Regierungschefs der Region auf eine vertiefte Zusammenarbeit mit autoritären Regierungen wie denen in Russland, der Türkei oder China ein. Diese Entwicklung frustriere viele Menschen in der Region und mindere ihre Hoffnung auf eine Demokratisierung und Annäherung ihrer Länder an die EU.

Doch die liberalen Teile der Bevölkerung der Länder des westlichen Balkans seien nicht nur von der Entwicklung ihrer eigenen Regierungen enttäuscht. Auch ihre europäischen Vorbilder grenzten sich zu wenig von autoritären Ländern ab und ihre Beziehungen zu diesen seien nicht kritisch genug. Dieser Verdross werde bei regimiekritischen Protesten sichtbar, bei denen laut *Verseck* in den letzten zwei Jahren kaum noch europäische Flaggen oder Plakate mit EU-Bezug zu sehen gewesen seien.

Laut *Verseck* sei der westliche Balkan bereits auf eine bestimmte Art und Weise in die EU integriert, von der jedoch nur die EU profitiere. Viele europäische Unternehmen seien auf dem Westbalkan präsent und große Teile der arbeitsfähigen Bevölkerung aus der Region seien in

der EU berufstätig, jedoch hätten die Länder des westlichen Balkans nur Anspruch auf einen Bruchteil der Fördergelder, wie sie andere EU-Mitgliedsstaaten erhalten. Hierdurch werde eine Benachteiligung der Region gefördert, da sie der EU schon jetzt weit mehr biete, als sie dafür zurückbekäme.

Verseck zitiert zum Abschluss ein Bonmot über das in der Region weit verbreitete Gefühl, dass die EU so tue, als würde sie die Aufnahme der Länder verfolgen, während diese Länder so tun, als würden sie versuchen, die Voraussetzungen für diese Aufnahme zu erfüllen.

Als nächstes fragte *Christian Hagemann* nach der Umsetzung: Was stehe dem derzeitigen Erweiterungsprozess im Weg? Wie könnten diese Hindernisse überwunden werden? Warum tue sich die EU so schwer damit, ihre oft sehr guten Angebote an die Region richtig zu verkaufen beziehungsweise zu kommunizieren? Wie könnte das in Zukunft – im Hinblick auf einen glaubwürdigen und attraktiven Beitrittsprozess – besser werden?

Manuel Sarrazin bemängelte die verlorene Glaubwürdigkeit der EU und den derzeit grundsätzlich in allen europa-politischen Feldern fehlenden politischen Willen in den Hauptstädten Europas, „Generations-Entscheidungen“ für Europa zu treffen. Grundsätzlich habe insbesondere die Bedeutung der Außenpolitik abgenommen und die Region des westlichen Balkans drohe zu einem Sündenbock der Populisten Europas zu werden. Wo früher Populisten gegen eine mögliche Aufnahme der Türkei in die EU wetterten, seien an die Stelle der Türkei die Staaten des Westbalkans getreten. Außerdem beschränke die zunehmende Spaltung der europäischen Gesellschaften entlang der scheinbaren Idee eines Kulturkampfes, die sich in weltanschaulichen Einstellungen gegenüberstehen, den Erweiterungswillen.

Darüber hinaus habe sich vor allem in populistischen Parteien ein allgemeiner Zynismus über die Region etabliert, der keine Aussicht auf einen möglichen Erfolg einer EU-Erweiterung sieht. Diese Entwicklung in der EU treffe auf eine Rückentwicklung der demokratischen Kultur innerhalb der Region. Personalisierung von Po-

litik, Verschmelzung der Gewalten, die schrittweise Rückkehr des Rechts des Stärkeren und die Verrohung der Kultur der Austragung von politischen Konflikten – weg von einer demokratischen Diskurs-Kultur und hin zu einem Freund-Feind-Denken. Diese Entwicklung sei ausgesprochen negativ und falle mit dem Verlust der weltpolitischen Bedeutung der EU zugunsten von China und anderen Ländern zusammen.

Der Westbalkan, so *Sarrazin*, sei der „Lackmus-test“ für die europäisch-chinesischen Beziehungen. Hierbei nennt er die EU-Taktik des Hinhaltens als fatalen Fehler im Ringen um die Unterstützung der lokalen Bevölkerungen des Westbalkans. Die europäische Öffentlichkeit habe keine Vorstellung davon, wie stark die öffentliche Debatte im westlichen Balkan von dieser Thematik geprägt sei. *Sarrazin* betont zum Schluss noch einmal die Bedeutung der *soft power* eines Versprechens, die man nicht unterschätzen solle. Er empfiehlt außerdem – sowohl im Hinblick auf die eigene Gesellschaft als auch auf die Bevölkerung auf dem Westbalkan – die chauvinistische und orientalisierende Betrachtungsweise der Gesellschaften des Westbalkans abzulegen und diesen auf Augenhöhe zu begegnen.

Christian Hagemann merkte an, dass die Verantwortung für den Prozess in erster Linie bei den Staaten des Westbalkans selbst liege. Jedoch sei die Umsetzung der Vereinbarungen beziehungsweise die Orientierung an den Kriterien der EU oft nicht gegeben. Was könne die politischen Eliten aus der Region dazu bringen, sich stärker um die Erfüllung der EU-Kriterien zu bemühen? Und in welchen Ländern könne das derzeit eine realistische Hoffnung sein?

Keno Verseck wies darauf hin, dass er selbst den Regierungen der Länder sehr kritisch gegenüberstehe. Jedoch betonte er, dass die meisten autoritären Herrscher der Region keinerlei Motivation hätten, einen EU-Beitritt zu forcieren, da sie sich gegenwärtig in einer für sie sehr bequemen Lage befänden. Es gäbe eine gewisse Öffnung und finanzielle Unterstützung von Seiten der EU, jedoch bleibe eine große gesetzliche Grauzone offen, die „intransparente Aktivitäten“ ermögliche. Aufgrund dessen sei

die Motivation, wirkliche Änderungen anzugehen, bei vielen Entscheidungsträgern in der Region sehr gering.

Verseck beklagte, dass einerseits vor allem die EU zum Beispiel durch die Arbeitsvertrags-Abkommen von der derzeitigen Situation profitiere. Andererseits seien auf dem Westbalkan vor allem die Entscheidungsträger und ihr persönliches Umfeld die Nutznießer der aktuellen Situation. Allein deshalb schon solle man den Beitrittsprozess beschleunigen, um die Bevölkerung in der Region gleichermaßen, sowohl als Partner der EU als auch innerhalb ihrer Länder, von einem Beitritt profitieren zu lassen. Damit würde man die Zivilgesellschaft direkt einbinden und davon überzeugen können, dass die Perspektive eines EU-Beitritts real, aussichtsreich und förderlich wäre.

Am Beispiel der Namensänderung Nord Mazedoniens könne man beobachten, wie die EU ihre Glaubwürdigkeit in dieser Hinsicht verspiele. Nord Mazedonien habe in einem schmerzhaften Prozess seinen Namen geändert und trotzdem zunächst die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen verwehrt bekommen. Man solle in der Kommunikation mit der Region den Menschen klarmachen, dass es noch Jahre dauern werde, bis im Beitrittsprozess größere Fortschritte möglich seien.

Christian Hagemann stellte hier die Frage nach der Abwanderung von Fachkräften in die EU und nach Deutschland: Welche Position hat die deutsche Wirtschaft gegenüber dieser Entwicklung in den Ländern? Und wie wirkt sich diese Entwicklung auf die lokalen Produktionsstätten deutscher Unternehmen in den Ländern aus?

Anja Quiring merkte an, dass die Abwanderung von medizinischen Fachkräften aus der Region durch die Abkommen mit der EU noch weiter verstärkt werde. Diese Abwanderung habe gerade im Hinblick auf die Covid-19-Pandemie negative Auswirkungen auf die medizinische Versorgung in der Region nach sich gezogen. Jedoch seien andererseits viele Arbeitsplätze in der Region durch hohe Investitionen aus der EU entstanden.

Als Beispiel nannte *Quiring* den Aufbau von Produktionsstätten deutscher Unternehmen in

Nord Mazedonien, wo über 30.000 Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Die Fachkräftesicherung werde von deutschen Unternehmen aktiv verfolgt, um auf qualifiziertes Fachpersonal für das produzierende Gewerbe vor Ort zurückgreifen zu können. Die Ausbildung von jungen Menschen sei hierbei ein zentrales Thema – deutsche Unternehmen würden hierfür jungen Menschen Praktika in Unternehmen in Deutschland ermöglichen, damit sie die gewonnenen Kenntnisse in ihre Heimatländer tragen könnten. Die Abwanderung sei aber dennoch ein reales Problem und hänge mit einer ganzen Reihe von Faktoren wie höheren Löhnen im Ausland, aber auch der mangelnden Funktionsfähigkeit der Sozial- und Bildungssysteme und der politischen Teilhabe in den Heimatländern zusammen.

Wie groß, so die Frage von Moderator *Hagemann*, sei der Einfluss von China, Russland und der Türkei? Welche Chance habe die EU überhaupt, das Vertrauen der Bürger in der Region zu erhöhen, wenn die Regierungen der einzelnen Länder sie dabei gar nicht unterstützen oder sogar andere Ziele verfolgen? Wie sollte sich die EU in diesem Zusammenhang verhalten?

Keno Verseck unterstrich, dass der Ausgangspunkt für die Erweiterungs-Müdigkeit innerhalb der EU liege. Man solle sich daher innerhalb der EU der Bedeutung der Region bewusster werden und die Verhandlungen über einen EU-Beitritt voranbringen. Die demokratisierende Kraft der EU könne die sich verschärfende Rhetorik vor Ort in Bezug auf die konfliktreiche Vergangenheit in der Region entschärfen. So würden in Bosnien und Herzegowina derzeit die Kriegsverbrechen von Srebrenica immer offenkundiger verleugnet und die Hetze gegen Andersdenkende immer schärfer im Ton. Die schwierige Vergangenheitsbewältigung sei offensichtlich noch nicht abgeschlossen und alte Konflikte würden auch 25 Jahre nach Ende des Krieges immer noch aufflammen. Sie könnten mithilfe der externen befriedenden Kraft der EU entschärft werden.

Im Vergleich zu autoritären Staaten wie China oder Russland liege eine große Schwäche der EU in der langwierigen Entscheidungsfindung.

China oder Russland hätten die Möglichkeit, Entscheidungen schneller treffen und direkt umsetzen zu können. In dieser Hinsicht wäre eine Beschleunigung der europäischen Reaktionsfähigkeit sehr hilfreich, so *Verseck*. Darüber hinaus wäre die EU gut beraten, mehr Initiative in Bezug auf Verletzungen der Freiheitsrechte auf dem Westbalkan – beispielsweise in Form von medien-wirksamen Verurteilungen von Rechtsbrüchen – zu zeigen. Europäische Staatschefs sollten bei Staatsbesuchen mehr öffentlichkeits-wirksame Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft veranstalten, um auch symbolisch ihr Interesse an den Lebensumständen der lokalen Bevölkerung zu bekunden. Gesten mit symbolischem Charakter kämen bei der Bevölkerung in der Region sehr gut an – deshalb sollte allgemein die mediale Wirksamkeit der EU verbessert werden.

Wie es mit dem Einfluss externer Akteure unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten aussieht, war die nächste Frage, die Moderator *Hagemann* den Diskutant*innen stellte. Welche Herausforderungen oder vielleicht auch Chancen sieht die Wirtschaft der EU und insbesondere Deutschlands im Engagement dieser Akteure (China / Russland / Türkei) vor Ort?

Anja Quiring erklärte, dass das Engagement dritter Akteure in wirtschaftlicher Hinsicht unproblematisch sei, solange der Erweiterungsprozess und der Dialog aufrechterhalten und ausgebaut würden. Gerade im Hinblick auf rechtliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel für die Vergabe von Ausschreibungen oder bezogen auf den Klimaschutz, wäre eine EU-Integration ein geeignetes Mittel, um das Engagement Dritter im Wettbewerb mit europäischen Firmen auf einen einheitlichen Standard zu bringen.

Laut *Quiring* würden schon jetzt 50–60 Prozent des gesamten Warenhandels der Region mit der EU realisiert, was, zusammen mit der großen Gruppe der in der EU lebenden Diaspora aus dem Westbalkan, eine hochgradige Verflechtung der Wirtschafts- und Gesellschaftsräume darstelle. Diese Verflechtung solle genutzt werden, um mithilfe des EU-Beitrittsprozesses auch eine Standardisierung der Wirtschaftsbeziehungen der Region mit Drittstaaten zu erwirken. Dies

würde zu faireren Wettbewerbsbedingungen zwischen europäischen Akteuren und denen von Drittstaaten führen. Jedoch stecke hinter der Motivation von Drittstaaten oft kein wirtschaftliches, sondern vielmehr ein politisches Kalkül, weshalb diese nur wenig Interesse an einem geregelten Wettbewerb hätten.

Christian Hagemann fragte nach, wie es denn um die politische Dimension des Wettbewerbs um die Region bestellt sei: Wie könne die EU langfristig mit der Seidenstraßeninitiative Chinas mithalten? Was könne die EU den Staaten des Westbalkans bieten, was andere Akteure ihnen nicht bieten könnten?

Manuel Sarrazin warnte vor einem Misslingen der Integration des Westbalkans in die EU. In diesem Fall wäre das Ansehen der EU in der Welt stark geschwächt. Ein Scheitern würde die Verhandlungsposition der EU gegenüber China im Hinblick auf andere Regionen der Welt untergraben. Die EU sei für ein Gelingen jedoch in einer strategisch vorteilhaften Position, da sie viel mehr als Vorbild für die Lebensweise geeignet sei als China. Insbesondere deutsche Investitionen seien in der Region sehr hoch angesehen. Außerdem könne kein Drittstaat ohne die Unterstützung der EU einen langfristigen Einfluss in der Region geltend machen. Es gäbe derzeit kein kohärentes Politikmodell, das eine dauerhafte Alternative bieten könne. Außerdem sei die medienwirksame Annäherung der Westbalkan-Staaten an China oft an die EU adressiert. Dahinter stecke die Intention, Konkurrenz um den Westbalkan zu schaffen und bessere Angebote – beispielsweise eine höhere finanzielle Förderung aus der EU – zu erwirken.

Abschließend gab Dr. *Hansjörg Brey* die Fragen der Zuschauer an die Expert*innen weiter. Inwiefern schrecke die schlechte Erfahrung, die die EU mit der Integration Ungarns und Polens in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit gemacht hat, die EU vor einer Integration der Länder des Westbalkans ab?

Manuel Sarrazin beschrieb, dass dieses Argument in innenpolitischen Debatten teilweise schon Gewicht habe. Jedoch sei dieser Effekt begrenzt, weil der EU-Beitritt beider Länder ein großer Erfolg gewesen sei. Die Entwicklungen,

die nach dem EU-Beitritt stattgefunden hätten, seien in allen europäischen Mitgliedsstaaten denkbar. Die Veränderungen der Länder nach dem EU-Beitritt hätten nicht viel mit dem Beitrittsprozess, den sie dafür vorher durchlaufen haben, zu tun.

Was, so die nächste Publikumsfrage, *könnten* die politischen Stiftungen tun, um die Zivilgesellschaften in der Region zu stärken?

Manuel Sarrazin betonte, dass man die Rolle der politischen Stiftungen in der Region nicht unterschätzen dürfe. Sie würden besonders auf dem Westbalkan als informelle Botschafter deutscher Politik verstanden. Sie seien außerdem in der Lage, einen gesellschaftlichen Pluralismus zu transportieren. Der Austausch mit Entscheidungsträgern in der Region sei gegenwärtig schon fast so intensiv wie unter Mitgliedern der EU. Es gäbe enge Verbindungen bis in die höchsten politischen Ämter. Abgeordnete des Bundestags sowie auch die Bundeskanzlerin selbst stünden in teilweise sehr engem, persönlichen Kontakt zu den Politikern der Region. Eine der größten Errungenschaften der EU sei, dass man ehrlich und direkt miteinander kommunizieren könne, was im Umgang mit den Ländern der Region bis zu einem gewissen Grad auch schon gegeben sei und wesentlich der Arbeit von politischen Stiftungen zu verdanken sei. Jedoch seien auch persönliche Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und zu Journalist*innen in der Region nötig.

Die nächste Publikumsfrage bezog sich auf Georgien: Warum sei dieses Land, obwohl es sich in vielen Hinsichten besser entwickelt hat als manche Staaten des Westbalkans, nicht auch ein EU-Beitrittskandidat?

Manuel Sarrazin erklärte, dass Georgien kein Beitrittskandidat sei, weil man sich in der Politik noch nicht darauf habe verständigen können. Das habe einerseits damit zu tun, dass Georgien an keinen Mitgliedsstaat der EU grenze. Und andererseits mit der Erkenntnis, dass Russland den Westbalkan an die EU abgegeben habe, während Georgien und der Kaukasus allgemein eher in den russischen Einflussbereich fielen.

Abschließend gab *Hansjörg Brey* eine Publikumsfrage nach der Namensänderung Nordmazedoniens weiter: Liegt es vielleicht auch an den Medien, dass solche positiven Entwicklungen teilweise nicht genug Aufmerksamkeit in Europa finden? Wäre es nicht sinnvoll, dass man nach solchen Erfolgsgeschichten sucht und diese dann stärker kommuniziert?

Keno Verseck bestätigte klar, dass das Hintergrundwissen in Deutschland zu gering gewesen sei. Der historisch einmalige Vorgang der Namensänderung eines Landes auf den Druck seines Nachbarlandes hin habe in Deutschland und anderen Ländern Westeuropas leider sehr wenig Beachtung gefunden. Allgemein sollte mehr über die Zivilgesellschaften des westlichen Balkans berichtet werden, um die durchaus vorhandenen Erfolge in der Region anzuerkennen.